



Frau  
Annalena Baerbock  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Dr. Rainer Sontowski**

Staatssekretär

HAUSANSCHRIFT Schamhorststraße 34-37, 10115 Berlin  
POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

TEL +49 30 18615 6970

FAX +49 30 18615 5340

E-MAIL buero-st-so@bmwi.bund.de

DATUM Berlin, 15. Mai 2014

## Schriftliche Fragen an die Bundesregierung im Monat Mai 2014 Frage Nr. 20

Sehr geehrte Frau Baerbock,

seitens der Bundesregierung beantworte ich die Frage wie folgt:

### Frage:

**Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem vom polnischen Ministerpräsidenten, Donald Tusk, vorgelegten Non-Paper „Roadmap towards an Energy Union for Europe“ und den darin formulierten Forderungen nach einer verstärkten europäischen energiepolitischen Zusammenarbeit, insbesondere die Forderung nach Steigerung der europäischen Verhandlungsfähigkeit gegenüber Gas und Öl exportierenden Ländern und verstärkten Anstrengungen zur Schaffung eines gemeinsamen Gasmarktes, und welche eigenen Ziele verfolgt sie in dieser Hinsicht für den Europäischen Rat im Juni 2014?**

### Antwort:

In seinen Schlussfolgerungen vom 20./21. März 2014 hat der Europäische Rat die Europäische Kommission aufgefordert, eine eingehende Studie zur Versorgungssicherheit in der EU sowie einen umfassenden Plan für die Verringerung der Energieabhängigkeit der EU vorzulegen.

Dieser Plan soll insbesondere eingehen auf die Notwendigkeit einer raschen weiteren Diversifizierung der Energieversorgung der EU, eine Stärkung ihrer Verhandlungsposition, eine bessere Energieeffizienz, den Ausbau erneuerbarer und anderer heimischer

Energiequellen und die Koordinierung der Entwicklung der Infrastruktur zur Unterstützung der Diversifizierung unter anderem durch Verbundnetze, gegebenenfalls auch mit Drittländern. Der Europäische Rat hat zudem die Frage der gegenseitigen Unterstützungen bei plötzlichen Unterbrechungen der Energieversorgung angesprochen sowie Maßnahmen, um die Entwicklung des Südlichen Korridors zu fördern, Wege der Erleichterung von Gasausfuhren aus Nordamerika zu untersuchen und die Transparenz bei zwischenstaatlichen Übereinkommen im Energiebereich zu erhöhen.

Die vom Europäischen Rat erbetene Studie bzw. der entsprechende Plan der Europäischen Kommission als Beitrag für den Europäischen Rat im Juni stehen noch aus.

In diesem Zusammenhang wird derzeit auch der Vorschlag des polnischen Ministerpräsidenten, Donald Tusk, diskutiert. Die Bundesregierung prüft die Vorschläge, einschließlich der Vorschläge zu einer europäischen Gaseinkaufsgemeinschaft.

Wichtig ist dabei, dass die gemeinsamen Anstrengungen, die Energieeffizienz zu erhöhen und die Nutzung erneuerbarer Energien weiter auszubauen, mittelfristig erheblich zur nachhaltigen Reduzierung der Energieimportabhängigkeit beitragen, indem sie die Nachfrage nach fossilen Energieträgern verringern. Dies hat auch der Europäische Rat festgehalten.

Auf dieser Grundlage wird der Europäische Rat im Juni die Energieversorgungssicherheit und auch den Rahmen für die EU-Klima- und Energiepolitik bis 2030 diskutieren. Die Bundesregierung sieht einen engen Zusammenhang zwischen Energieversorgungssicherheit und dem Rahmen für die EU-Klima- und Energiepolitik bis 2030, für den sie eine Zieltrias aus Treibhausgasminderungsziel, Erneuerbarenziel und Energieeffizienzziel anstrebt. Entscheidungen zu beiden Themenkomplexen sollten daher auch im selben zeitlichen Kontext getroffen werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'R. Schmidt', written in a cursive style.